



Wiesbaden, den 27.8.2020

## PRESSEERKLÄRUNG

### Warum so eilig?

### BUND: Wichtige Fragen zur Ostfeld-Bebauung immer noch nicht geklärt

„Wenn die Stadtverordnetenversammlung im September die Entwicklungsmaßnahme Ostfeld-Kalkofen beschließt,“ befürchtet Marion Semelka vom BUND Kreisverband Wiesbaden, „dann gibt es kein Zurück mehr.“

Dabei seien wichtige Fragen noch immer nicht ausreichend geklärt.

In Sachen Stadtklima habe die öffentlich Online-Veranstaltung am 18. August leider keine neuen Erkenntnisse vermittelt. Die bekannten Gutachten seien erläutert worden, aber es fehle nach wie vor eine großräumige Betrachtung der Luftströme bis nach Mainz unter den Bedingungen nicht nur der geplanten Bebauung Ostfeld-Kalkofen, sondern auch der weiteren Bauvorhaben im Umfeld wie Zweibörn und Erbenheim-Süd. Solche Untersuchungen würden einfach in die spätere Phase der Bauleitplanung geschoben. Sie wären aber schon jetzt eine wichtige Entscheidungsgrundlage, bevor bereits vollendete Tatsachen geschaffen und viele Ressourcen eingesetzt werden. „Offenbar soll dann im Nachhinein alles passend gemacht werden, was jetzt nicht passt. Aber was bedeutet das für das Ziel, im neuen Stadtteil rund 10.000 Menschen unterzubringen?“

„Und was“, so Semelka weiter, „ist aus der mehrfach getroffenen Aussage ‚Ohne CityBahn gibt es kein Ostfeld‘ geworden? Kann nicht wenigstens der Bürgerentscheid am 1. November abgewartet werden?“

Ein Verzicht auf die ursprünglich vorgesehene Ausweitung des Gewerbegebiets am Rand des Dyckerhoffbruchs (B2) im Rahmen der Entwicklungsmaßnahme sei zwar zu begrüßen, sofern damit der Eingriff an dieser Stelle tatsächlich vom Tisch sei und nicht auf anderem Wege vorangetrieben werde. Das ändere aber nichts am Lebensraumverlust für bedrohte Arten des Offenlandes wie der Feldlerche. Ob für diese Art die zwingend erforderlichen vorgezogenen Ersatzquartiere (CEF-Maßnahmen) in unmittelbarer Nähe geschaffen werden könnten, sei fraglich. Gelingt dies nicht, könnte das im schlimmsten Fall den Totalverlust der lokalen Feldlerchenpopulation im Planungsraum bedeuten.

Der nunmehr dritte Dürresommer in Folge zeige zudem sehr deutlich die Bedeutung unbebauter Freiflächen mit ihren wichtigen Funktionen des stadtklimatischen Ausgleichs, der Speicherung von Regenwasser, Erzeugung von Nahrungsmitteln und Bindung von CO<sub>2</sub>. Die Regionalversammlung Südhessen habe dem mit ihrem Beschluss vom 13. Dezember 2019 Rechnung getragen und entsprechende Kriterien für ein regionales Planungskonzept, das auch Wiesbaden umfasst, beschlossen. So sollen Eingriffe in die derzeit bereits festgesetzten Regionalen Grünzüge nur bis zu einer Größenordnung von 5 Hektar möglich sein, Eingriffe in die festgesetzten Kaltluft- und Frischluftentstehungsgebiete komplett ausgeschlossen werden. Die Ostfeld-Planungen stehen hierzu im Widerspruch.

Aus Sicht des BUND muss die gesamte weitere Entwicklung des Ballungsraums im

Zusammenhang und insbesondere auch unter der Fragestellung natürlicher Grenzen eines weiteren Wachstums betrachtet werden. Zielabweichungsverfahren für einzelne Großvorhaben unterlaufen jedoch eine integrierte und ökologisch vertretbare Regionalplanung.

Zudem sei derzeit völlig offen, wie sich der durch die Corona-Pandemie angestoßene Digitalisierungsschub mit dem Trend zur Arbeit im Homeoffice auf den Zuzugsdruck in die Ballungsräume auswirken werde und ob künftig ggf. Büroflächen für Wohnnutzungen umgewidmet werden könnten.

Der BUND verweist hierzu auch auf die presseöffentliche Aussage von Rainer Emmel, Geschäftsführer der WVV (Holding der Wiesbadener Versorgungs-, Verkehrs- und Wohnungsbauunternehmen) am 15.04.2020 zu Auswirkungen der Corona-Krise auf Wiesbaden: „Der Run auf die Großstädte und der Verkehr werden nachlassen, die Randgebiete werden wieder attraktiver.“

Der BUND Wiesbaden plädiert daher dafür, sich zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums zunächst auf das AFEX-Gelände im Zentrum von Kastel zu konzentrieren, dessen Freigabe durch die US-Army zumindest mittelfristig in Aussicht steht.